

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. November 1982
am Freitag, dem 26. November 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	3	von der Heydt Freiherr von Massenbach (CDU/CSU)	110, 111
Auch (SPD)	31, 77	Hoffmann (Saarbrücken) (SPD)	57, 81
Baack (SPD)	45	Dr. Hupka (CDU/CSU)	28, 29
Becker (Nienberge) (SPD)	14	Immer (Altenkirchen) (SPD)	7, 99
Berschkeit (SPD)	95, 96	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	18, 33
Börnsen (SPD)	74, 88	Jansen (SPD)	82
Broll (CDU/CSU)	54	Jungmann (SPD)	52, 53
Catenhusen (SPD)	62, 63	Kirschner (SPD)	116, 117
Collet (SPD)	26, 27	Dr. Klejdzinski (SPD)	1, 2
Conradi (SPD)	137, 138	Krey (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Czaja (CDU/CSU)	30, 104	Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)	6
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	102, 103	Dr. Kübler (SPD)	4, 5
Dolata (CDU/CSU)	10, 11	Lenzer (CDU/CSU)	64, 65
Dr. Dübber (SPD)	16, 17	Leuschner (SPD)	60, 61
Dr. Ehrenberg (SPD)	84	Frau Luuk (SPD)	147, 148
Dr. Emmerlich (SPD)	75, 76	Marschall (SPD)	67, 68
Dr. Enders (SPD)	12, 13	Meinike (Oberhausen) (SPD)	145, 146
Ewen (SPD)	83, 118	Menzel (SPD)	133, 134
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Miltner (CDU/CSU)	35, 36
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	41, 42	Müntefering (SPD)	121, 122
Grobecker (SPD)	90	Neumann (Bramsche) (SPD)	143, 144
Grunenberg (SPD)	89	Dr. Osswald (SPD)	139, 140
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	22, 23	Pauli (SPD)	15, 43
Herberholz (SPD)	44		

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Polkehn (SPD)	85, 132	Dr. Steger (SPD)	58, 59
Purps (SPD)	119, 120	Stiegler (SPD)	8, 9
Reschke (SPD)	127, 128	Stutzer (CDU/CSU)	97, 98
Reuschenbach (SPD)	79, 80	Frau Terborg (SPD)	91
Schäfer (Offenburg) (SPD)	37, 38	Thüsing (SPD)	24, 25
Schätz (SPD)	66, 107	Tietjen (SPD)	92
Schluckebier (SPD)	141, 142	Wallow (SPD)	19, 20
Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	130, 131	Waltemathe (SPD)	86, 129
Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD)	100, 101	Walther (SPD)	112, 113
Schmidt (München) (SPD)	71, 72	Wartenberg (Berlin) (SPD)	123, 124
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	125, 126	Weinhofer (SPD)	50, 51
Dr. Schöfberger (SPD)	93, 94	Weirich (CDU/CSU)	21, 34
Schreiber (Solingen) (SPD)	46, 47	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	114, 115
Schreiner (SPD)	32, 78	Wimmer (Neuötting) (SPD)	108, 109
Schröder (Hannover) (SPD)	135, 136	Dr. de With (SPD)	69, 70
Sieler (SPD)	105, 106	Dr. Wittmann (CDU/CSU)	73
Dr. Sperling (SPD)	48, 49	Würtz (SPD)	87

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	20

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Unterliegen Angehörige der Berufsfeuerwehr der Wehrpflicht und werden sie damit „MOB“-mäßig eingeplant, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um in einem möglichen Anforderungsfall zu verhindern, daß Gemeinden, die eine Berufsfeuerwehr haben, keinen oder einen eingeschränkten gesetzlich vorgeschriebenen Schutz haben, während Gemeinden, die eine freiwillige Feuerwehr haben, mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Schutz versorgt sind, da die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr nicht „MOB“-mäßig eingeplant sind?
2. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, durch gesetzliche Regelungen, beispielsweise durch eine Quotierung, dafür zu sorgen, daß die Aufgaben der Feuerwehren grundsätzlich ohne Einschränkungen wahrgenommen werden können, zumal im Verteidigungs- und im Spannungsfall diese Dienstleistungen mit höheren Bereitschaftsgraden zur Verfügung stehen müssen?
3. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Presseinformationen zutreffen, denenzufolge im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen im Dezember des Jahres 1983 die Aufstellung von 36 Pershing II Raketen in Schwäbisch Gmünd (Bismarck- und Hardt-Kaserne) vorgesehen sein soll?
4. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist überhaupt und bejahendenfalls in welcher Weise die Sicherheit der deutschen Bevölkerung gewährleistet, wenn Unfälle bei der Lagerung und beim Transport von chemischen Waffen passieren?
5. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wird die Bundesregierung in einer ersten Phase versuchen, mit den US-Streitkräften zu einer Vereinbarung zu kommen, daß die zuständigen deutschen Stellen über die Standorte von chemischen Waffenlagern informiert werden, und wird sie in einer zweiten Phase umgehend mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten darauf drängen, daß entsprechend dem Verbot der Anwendung von chemischen Waffen auch die Lagerung von chemischen Waffen in deutschen Standorten unterlassen wird?
6. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Darf ein ehemaliger Oberstleutnant der Luftwaffe nukleare und chemische US-Stützpunkte in einer Zeitschrift veröffentlichen und die Friedensbewegung zum passiven Widerstand am 12. Dezember 1982 aufrufen, ohne dafür disziplinarrechtlich belangt zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

7. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Welche Ursachen bzw. welche Behörden oder Personen sind nach Auffassung der Bundesregierung für die unbeanstandeten Lieferungen und die falsche Deklaration sowie Verwertung minderwertiger Fleischsorten (Känguruh, Springböcke)

als hochwertiges Fleisch mit mehr als 1 Million Kilogramm verantwortlich zu machen, und welche Maßnahmen wird sie zur Verhinderung eines ähnlichen Fleischskandals ergreifen?

8. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Was hält die Bundesregierung von dem von Zahnärzten gemachten Vorschlag, zur Kariesprophylaxe eine stärkere Trinkwasserfluoridierung zu betreiben?
9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche rechtlichen Möglichkeiten gäbe es, eine stärkere Trinkwasserfluoridierung durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Welche organisatorischen und technischen Probleme verhindern die bereits zum 1. Oktober 1982 geplante Einbeziehung Berlins in den Haus-zu-Haus-Gepäckverkehr der Deutschen Bundesbahn?
11. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Reichsbahn der DDR sich neuerdings daran interessiert zeigt, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn einen Teil dieses Gepäckverkehrs zu übernehmen?
12. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Hauptvorstand der Deutschen Bundesbahn (DB) beabsichtigt, die zentral gelegene Bundesbahnschule Bebra zu schließen, so daß dem Zonenrandgebiet eine wichtige schulische Einrichtung verloren geht, an der in diesem Jahr allein nahezu 3 000 Lehrgangsteilnehmer für vielseitige Beschäftigung bei der DB ausgebildet wurden?
13. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Anstrengungen kann die Bundesregierung unternehmen, um die 23 Arbeitsplätze bei der Bundesbahnschule Bebra zu retten und die Nutzung der Unterrichts- und Übungsräume sowie der 100 Internatsplätze weiterhin zu sichern?
14. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Welche Restbauabschnitte der Bundesautobahn A 30 zwischen Abfahrt Hörstel und der niederländischen Grenze werden in den nächsten Jahren fertiggestellt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

15. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Warum ist der Sprecher der Bundesregierung, Dr. Stolze, als beamteter Staatssekretär berufen worden, während sein früherer Kollege von der Wochenzeitung „Die Zeit“ nur als Angestellter übernommen wurde, und hält die Bundesregierung es für richtig, daß Dr. Stolze darüber hinaus ohne Einhaltung der üblichen Probezeit als Beamter auf Lebenszeit berufen wurde?

16. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Entspricht die Mitteilung der Süddeutschen Zeitung vom 6. November 1982 den Tatsachen, wonach Bundeskanzler Dr. Kohl den Brief einer 15jährigen Gymnasiastin aus Nürnberg, die sich am 1. Oktober 1982, dem Tag des Kanzlerwechsels, aus staatsbürgerlichem Interesse vom Schulunterricht entfernt hatte, wie folgt beantworten ließ „... halte ich Ihre Entscheidung für falsch und für eine Disziplinlosigkeit ... Denken Sie mal darüber nach!“, und teilt der Bundeskanzler meine Auffassung, daß dies nicht der richtige Ton im Umgang mit jungen Bürgern in unserem Land ist?
17. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Wer ist Herr Henseler, der diesen Brief im Auftrag des Bundeskanzlers beantwortete, und gedenkt der Bundeskanzler, seine Mitarbeiter anzuweisen, den Dialog mit der Jugend nicht in diesem Ton fortzusetzen?
18. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Enthält das sogenannte Tagebuch des früheren Regierungssprechers Staatssekretär a. D. Bölling über die letzten 30 Tage des Bundeskanzlers Schmidt die Schilderung von Vorgängen, die nach § 61 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) der Amtsverschwiegenheit unterliegen, und hat Bölling – gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt – vom jetzigen oder vom früheren Bundeskanzler die nach § 61 Abs. 2 BBG erforderliche Genehmigung zur Veröffentlichung angefordert und erhalten?
19. Abgeordneter
Wallow
(SPD) Wieviel Publikationen (Titel) oder andere Medien (Titel) zu welchem Stückpreis sind seit dem Regierungswechsel durch die Bundesregierung oder die ihr nachgeordneten Behörden nicht mehr ausgeliefert bzw. vernichtet worden?
20. Abgeordneter
Wallow
(SPD) Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen, Filme etc.) sind seit dem Regierungswechsel zu welchen Kosten begonnen worden oder werden bis zum Wahltermin noch begonnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

21. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Welche Kosten hat die Einladung des Goethe-Instituts für eine mehrwöchige Informations- und Vortragsreise an den Sprecher des Bundesverbands Bürger-Initiativen Umweltschutz, Jo Leinen, verursacht?
22. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die wichtigsten Ergebnisse der zweiten Weltkulturkonferenz in Mexiko, und welche konkreten Konsequenzen ergeben sich daraus für die deutsche auswärtige Kulturpolitik?
23. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welche kontroversen Positionen im kulturellen Nord-Süd-Dialog wurden in Mexiko offenkundig, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Schwerpunkte unserer kulturellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern?

24. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wird die Bundesregierung die Ausrüstungshilfe an Honduras entgegen den bisherigen Bekundungen doch bewilligen?
25. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, wie Belgien, Italien und Frankreich, Einreisevisen für politische Gefangene aus El Salvador zuzusagen, die in den Gefängnissen von El Salvador auch weiterhin gefoltert werden und anderen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt sind?
26. Abgeordneter
Collet
(SPD) Auf welche Weise will die Bundesregierung dazu beitragen, daß die Genfer Verhandlungen über den NATO-Doppelbeschluß zum Erfolg führen, wie es der Bundeskanzler anläßlich seines USA-Besuchs angekündigt hat, und inwieweit will sich die Bundesregierung dabei die Unterstützung aller demokratischen Parteien und die moralisch-öffentliche Unterstützung aller Mitbürger sichern, die sich derzeit besonders für den Frieden engagieren?
27. Abgeordneter
Collet
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die derzeitige Genfer „Geheimdiplomatie“ nicht ausreicht, um die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und in der Welt erkennen zu lassen, was in Genf passiert, und wer durch schuldhaftes Verzögern den Verhandlungserfolg gefährdet, und ist die Bundesregierung bereit, auf eine Informationsverbesserung hinzuwirken, um auch auf diese Weise zu einem Erfolgswang beizutragen?
28. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Dekret der rumänischen Staatsführung vom 6. November 1982 über die hoch angesetzten finanziellen Leistungen der Ausreisewilligen angesichts der menschenrechtlichen Verpflichtungen auch Rumäniens aus den UN-Menschenrechtspaketen und der KSZE-Schlußakte?
29. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung auf Grund des Dekrets der rumänischen Staatsführung vom 6. November 1982 für die Aufrechterhaltung der rumänischen Zusage zur Ausreise der Deutschen aus Rumänien zu tun?
30. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse haben die Gespräche mit der rumänischen Regierung bezüglich der Ausreisebedingungen für deutsche Aussiedler gehabt, werden diese von ihren hier lebenden Angehörigen mit westlichen Devisen (die man in Rumänien nicht besitzen darf) privat freigekauft werden müssen, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung bilateral und gemeinsam mit den westlichen Bündnispartnern bei den KSZE-Beratungen in Madrid in dieser Sache unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

31. Abgeordneter
Auch
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth angekündigten Bundesratsinitiative, mit der die Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung wieder zu den Ländern zurückverlagert werden soll?

32. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Bei welchen typischen Fallgestaltungen im öffentlichen Dienst sind die Versorgungsbezüge der Betroffenen höher als die letzten Nettoarbeitseinkommen, und wie hoch sind jeweils die Zahl der Betroffenen und die durchschnittlichen Differenzbeträge?
33. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Besteht nach Auffassung der Bundesregierung derzeit irgendein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Behörden der schweizerischen Eidgenossenschaft und des Kantons Graubünden mit großer Sorgfalt prüfen, ob der projektierte Ölspeicher im Calanda-Massiv bei Chur – unter anderem im Fall von Erschütterungen durch Erdbeben – Gefahren für das Grundwasser und möglicherweise sogar für den Trinkwasserspeicher Bodensee mit sich bringen würde, und besteht irgendeine Besorgnis, die schweizerischen Behörden könnten das Projekt genehmigen, bevor die genannten Gefahren ausgeräumt wären?
34. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Verfassungsschutzbericht dadurch lesbarer und besser nutzbar zu machen, daß sie in der Druckfassung ein Schlagwortregister anfügt, das auch alle im Bericht erwähnten Organisationen enthält?
35. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Was ist der Bundesregierung über Zielsetzung und Erfolg der Herausgeber der offenkundig rechtsextremistischen und den Nationalsozialismus verharmlosenden Veröffentlichung „GÄCK – Das Magazin mit der gewissen Toleranz“ bekannt, und wie bewertet sie diese Publikation?
36. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Was ist die Bundesregierung gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Länder bereit zu tun, um die mit „GÄCK“ angesprochenen Jugendlichen durch Informationen z. B. an Schülervertretungen, Lehrer und Eltern, über den Charakter dieser Veröffentlichung aufzuklären?
37. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, von Loewenich, erklärt hat, daß rechtsextremistische Parteien nicht mehr mit einem Verbotsantrag durch das Bundesinnenministerium beim Bundesverfassungsgericht zu rechnen haben, und beabsichtigt die Bundesregierung, von der bisher geübten Praxis, über Verbotsmaßnahmen gegen extremistische Parteien öffentlich nicht zu berichten, abzugehen?
38. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, von der Möglichkeit eines Verbots extremistischer Organisationen gemäß § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts vom 5. August 1964, geändert 1974, zukünftig keinen Gebrauch mehr zu machen?
39. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Wie verhält sich die politische Theorie und Praxis der vom Kommunistischen Bund abgespaltenen „Z-Fraktion“ zum Kernbestand unserer Verfassungsordnung?
40. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Einfluß und Wirkung dieser „Z-Fraktion“?

41. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Was ist der Bundesregierung über die kommunistische Einflußnahme auf die „Demokratische Frauen-Initiative“ (DFI) bekannt?
42. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß die kommunistische Einflußnahme auf die DFI innerhalb der Organisation auf Widerstand stößt, und wenn ja, welchen Erfolg hat solcher Widerstand?
43. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wieviel Ausnahmen — wie beim Sprecher der Bundesregierung, Dr. Stolze — hat der Bundespersonalausschuß in anderen Fällen im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis gemacht, und in wieviel Fällen wurde auf eine Probezeit verzichtet?
44. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Betreiber des Kohlekraftwerks Bexbach dahin gehend einzuwirken, die Rauchgasentschwefelung freiwillig von der ursprünglich festgelegten Grenze von 850 Milligramm herabzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

45. Abgeordneter
Baack
(SPD) Beabsichtigt der Bundesfinanzminister, bei seinem Vorschlag an die Länder über die Neuregelung der Finanzausgleiche auch einen Vorschlag zu machen, um die Ergänzungszuweisung des Bundes in ihrer Höhe und in der Verteilung auf die einzelnen Bundesländer verfassungsgemäß neu zu ordnen?
46. Abgeordneter
Schreiber
(Solingen)
(SPD) Hält die Bundesregierung es für eine familienfreundliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus, wenn mit der geplanten Nivellierung der Grunderwerbsteuer auf 2 v. H. bei Wegfall aller Befreiungstatbestände der Erstkäufer einer 200 000 DM Eigentumswohnung 4 000 DM zusätzliche Steuern bezahlen muß, während der Bauherr einer 800 000 DM Villa um rund 23 000 DM gegenüber heutiger Regelung entlastet wird?
47. Abgeordneter
Schreiber
(Solingen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die wohnungspolitische Wirkung des Vorschlags, Erwerber von Wohnungen aus dem Bestand, die nicht die bisherigen Mieter dieser Wohnungen sind, mit einer Grunderwerbsteuer von 14 v. H. zu belegen?
48. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage im Sondergutachten des gesamtwirtschaftlichen Sachverständigenrats, daß ihre geplanten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus die Widersprüche in der Besteuerung selbstgenutzten Wohneigentums verstärken statt sie abzubauen?
49. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Sachverständigenrats, eine Option zwischen einer Konsumgut- und einer Investitionsgutlösung bei der steuerlichen Behandlung von Wohneigentum einzuführen?

50. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Welchen Konfessionen und Sekten insbesondere deren haupt- und nebenamtlichen Beschäftigten mit Seelsorgeaufträgen gewährt die Bundesregierung Steuerfreibeträge in Form von sogenannten Stolgeldern?
51. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Wie hoch taxiert die Bundesregierung den Steuerausfall für den Bund, der dadurch entsteht, daß dieser Personengruppe mit Seelsorgeauftrag pro Jahr ein entsprechender Steuerfreibetrag zugesprochen wird?
52. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Hält die Bundesregierung an der durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs verursachten Entscheidung fest, ab 1. Januar 1983 den zollfreien Verkauf von Agrarprodukten auf Butterfahrten zu untersagen, und ist sie bereit, sofort den betroffenen mittelständischen Unternehmen die bisher unterbliebenen verständlichen und umfassenden Informationen darüber zu geben, welche Waren ab 1. Januar 1983 unter das Verbot fallen?
53. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Sieht die Bundesregierung rechtliche Hindernisse, wenn ab 1. Januar 1983 auf Butterfahrten Agrarprodukte verkauft werden, die auf dem Binnenmarkt eingekauft werden und so die Angebotsvielfalt und das Interesse an Butterfahrten weitgehend erhalten bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

54. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost (DBP) Kabelmaterial unter anderem aus der DDR bezieht, und warum kauft die DBP dieses Material nicht bei Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland, obwohl diese über Absatzschwierigkeiten klagen und zum Teil kurzarbeiten müssen?
55. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Mit welchen Kosten- und Erlössteigerungen rechnet die Deutsche Bundespost in den einzelnen Jahren bis 1990 im Zusammenhang mit der verstärkt betriebenen Verlegung von Breitbandkabeln in herkömmlicher Kupferkoaxialkabeltechnik?
56. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Inwieweit werden Vorleistungen bei der Verlegung von Breitbandkabeln in Kupferkoaxialkabeltechnik für die spätere Glasfasertechnik erbracht, und wie hoch sind diese zu beziffern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

57. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche konkreten neuen Projekte zur Verflüssigung von Kohle will die Bundesregierung fördern, und wie sieht der entsprechende Finanzierungszeitraum aus?

58. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die technologischen und ökonomischen Chancen des „Mobiltelefons für jedermann“, und inwieweit wurde dieses Projekt bisher gefördert, bzw. welche Förderung ist künftig beabsichtigt?
59. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Produkte wie das „Mobiltelefon für jedermann“ fördert die Bundesregierung ebenfalls wegen der innovativen Bedeutung des hohen Anteils an mikroelektronischen Produkten?
60. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Welche Schwerpunkte sind im mit Frankreich vereinbarten bundesdeutschen F+E-Programm zur Schnellbrüterentwicklung gesetzt, welche Projekte beziehen sich insbesondere auf die Konzeption und die Entwicklung des Brutmantels eines schnellen Brütters?
61. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Welche Mittel stehen der Bundesregierung zur Verfügung um sicherzustellen, daß aus dem Super-Phénix, der Teil der 1976 in Nizza vereinbarten technologischen deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schnellbrüter-Entwicklung ist und an dessen Baugesellschaft RWE mit 16 v. H. beteiligt ist, reines Plutonium 239 nicht militärischen Zwecken zugeführt werden kann?
62. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Hat nach Informationen der Bundesregierung das Energieversorgungsunternehmen RWE auf Grund seiner bisherigen Verträge über den Bau des Super-Phénix die rechtliche Handhabe, die Entnahme von reinem Plutonium aus dem Brutmantel des Super-Phénix durch den französischen Staat für das französische Kernwaffenprogramm zu verhindern?
63. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Mittel stehen der Bundesrepublik Deutschland als Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrags zur Verfügung um sicherzustellen, daß das deutsche Energieversorgungsunternehmen RWE seine Kapitalbeteiligung am Bau des Super-Phénix aufgibt, wenn der französische Staat die in der Öffentlichkeit diskutierten Überlegungen, Plutonium aus dem Brutmantel des Super-Phénix für das französische Atomwaffenprogramm zu verwenden, verwirklichen wird?
64. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wieviel Raumflugkörper (Satelliten, Sonden sowie Reste usw.) befinden sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zur Zeit im Weltraum?
65. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Gefahren gehen von diesen Flugkörpern für die friedliche Nutzung des Weltraums aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

66. Abgeordneter
Schätz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die in der Begründung zum Urteil vom 10. Dezember 1980 niedergelegte Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Staat, wenn er in Anerkennung der Aufgabenteilung „die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen den Arbeitgebern überläßt, erwarten

muß, daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen und dies auch dann gilt, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgabe nicht mehr ausreichen sollte“, und – wenn ja – welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um angesichts des notstandsartigen Ausbildungsmangels die Wirtschaft zur Erfüllung ihrer verfassungsgerichtlich festgestellten Pflichten zu veranlassen?

67. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Trifft es zu, daß im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Anweisung gegeben wurde, die Broschüren mit dem Wortlaut des geltenden BAföG auch auf konkrete Anforderung von Organisationen und einzelnen Bürgern nicht mehr abzugeben, bzw. wer hat gegebenenfalls eine solche Anweisung erteilen lassen?
68. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Wieviel BAföG Broschüren hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft seit dem Regierungswechsel abgegeben, wieviel stehen zur Zeit zur Verfügung, und was soll mit den noch vorhandenen geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

69. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zur Wahrung der freien Bildberichterstattung und damit zur Wahrung der Pressefreiheit ein Beschlagsverbot von selbst hergestelltem Bildmaterial eingeführt werden sollte, soweit Gegenstand der Untersuchung nicht ein Verbrechen ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre?
70. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Wird die Bundesregierung Meldungen, wonach ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Augsburg wegen verbotswidriger Preisabsprachen bei Bauprojekten im Allgäu mit einem Schadensumfang von möglicherweise einer halben Milliarde DM verjährt ist, zum Anlaß nehmen, eine Initiative zu ergreifen, damit der dem Deutschen Bundestag vorliegende Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ergänzt wird um eine Strafvorschrift gegen den Ausschreibungsbetrug?
71. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Wie ist der gegenwärtige Stand der Beratungen in der EG zu dem Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung ein?
72. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über rechtstaatssächliche Erkenntnisse – und wenn ja, welche sind diese – der wirtschaftlichen Auswirkungen der derzeitigen Rechtsprechung zur Produzentenhaftung allgemein und von bestimmten Sonderregelungen wie z. B. §§ 84 ff. des Arzneimittelgesetzes und des Maschinenschutzgesetzes?

73. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) Sind auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. November 1982 — 1 BvL 25/80 unter anderem — zum gemeinsamen Sorgerecht geschiedener Eltern gesetzgeberische Maßnahmen veranlaßt, und gegebenenfalls welche?
74. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, eigene gesetzgeberische Initiativen zu ergreifen, um eine Aufhebung der Unrechtsurteile aus dem Dritten Reich gegen Widerstandskämpfer zu bewirken?
75. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Hat sich der Bundesjustizminister Kenntnis von den in der Öffentlichkeit behaupteten Vorhaltungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Generalbundesanwalt wegen dessen Verhalten in dem Ermittlungsverfahren Langemann verschafft, und wenn ja, welche Kenntnisse hat er dabei gewonnen?
76. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Sieht er sich durch diese Kenntnis veranlaßt, sich auf Grund seiner Fürsorgepflicht für den Generalbundesanwalt gegen derartige Angriffe zu verwarren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

77. Abgeordneter
Auch
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der mittelfristig (bis 1990) durch den Einsatz von CNC-gesteuerten Maschinen in der Industrie und der elektronischen Datenverarbeitung bei Büro- und Verwaltungsberufen wegrationalisierten Arbeitsplätze?
78. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch im Jahr 1981 die Gesamtheit des unternehmerischen Gewinns war, und welcher Anteil reinvestiert wurde?
79. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Hält die Bundesregierung am bisher gültigen Ziel fest, die Förderkapazität des heimischen Steinkohlenbergbaus auch in den 90er Jahren ungefähr in der derzeitigen Höhe zu halten, und welche Unterstützung wird sie dem Steinkohlenbergbau z. B. 1983 geben, um den Erhalt der Förderkapazität auch tatsächlich zu ermöglichen?
80. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Hält die Bundesregierung es für nötig, mit den Kohleimporteuren über eine vorübergehende Ablösung von Kohleimporten und deren Ersatz durch heimische Kohle zu verhandeln?
81. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Was bedeutet die Formel vom „Vorrang der Kohle“ (Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982) bezogen auf die Verdrängung der Kohle aus dem Bereich von Grund- und Mittellast deutscher Kraftwerke?
82. Abgeordneter
Jansen
(SPD) Trifft es zu, daß die 10prozentige Investitionszulage nicht für Investitionen gewährt wird, die auf solchen Schiffen vorgenommen werden, die auch als Butterschiffe eingesetzt werden können?

83. Abgeordneter
Ewen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die trotz der EG-Richtlinien unterschiedlichen Subventionspraktiken für den Schiffbau in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft?
84. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung gegen die EG-rechtswidrigen Schiffbausubventionen in Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Dänemark zu tun?
85. Abgeordneter
Polkehn
(SPD) Hält die Bundesregierung eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof im Zusammenhang mit den Subventionspraktiken anderer EG-Staaten im Schiffbau für erforderlich?
86. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Arbeitsplätze außerhalb der deutschen Küstenregion unmittelbar und mittelbar vom Schiffbau abhängig sind und demgemäß bestätigen, daß Werfthilfe auch Binnenlandarbeitsplätzen zugute kommt?
87. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wird der Ansatz für die 4prozentige Zinshilfe für Schiffneubauten im Haushaltsjahr 1982 nach den allgemeinen Zinssenkungen ausgeschöpft, und wie sollten gegebenenfalls die Restbeträge verwandt werden?
88. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Kann die Bundesregierung den Arbeitsplatzabbau der letzten fünf Jahre in der Schiffbauindustrie beziffern, und hält sie einen weiteren Abbau für erforderlich?
89. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß der Schiffbau trotz hoher öffentlicher Zuwendungen erneut in eine katastrophale Lage geraten ist?
90. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Erwägt die Bundesregierung eine Neuauflage des Auftragshilfeprogramms für die Schiffbauindustrie aus den Jahren 1979/1981 noch für das Haushaltsjahr 1983?
91. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD) Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen für die deutsche Schiffbauindustrie aus dem Bundeshaushalt in den letzten zehn Jahren gewesen?
92. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Tonnen Stahl in welcher Qualität aus deutscher Produktion im deutschen Schiffbau verwendet werden?
93. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Hat sich die Bundesregierung mittlerweile über die wirtschaftliche Lage des gesamten Agfa-Konzerns informiert, weiß sie insbesondere, daß der belgische Teil des Konzerns (Agfa-Gevaert NV) von Januar 1982 bis August 1982 wiederum Gewinne in Höhe von 283,8 Millionen DM erzielt hat, und wird sie auf Grund dieser Kenntnisse der Behauptung der Unternehmensleitung entgegengetreten, das Münchner Agfa-Camerawerk und die Zweigstelle in Coimbra/Portugal müßten wegen hoher Verluste stillgelegt werden?

94. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der vom Agfa-Konzern beabsichtigten Stilllegung von 4 500 Arbeitsplätzen und der nachfolgend beabsichtigten Produktionsverlagerung in asiatische Niedrigstlohnländer, dem Deutschen Bundestag zwecks Wahrung des Sozialstaatsgebots nach Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem diese Art von Produktionsverlagerung gesetzlich verboten oder genehmigungspflichtig gemacht oder mit hohen Kapitalfluchtsteuern und -beiträgen, die zumindest die Summe der auf die Bundesanstalt für Arbeit zukommenden Lasten der Arbeitsförderung erreichen, belegt werden, und im Rahmen der unternehmerischen Mitbestimmung das Zweitstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden zumindest für die Fälle der Massenentlassungen und der Betriebsstilllegungen abgeschafft wird?
95. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Vertritt Bundeskanzler Dr. Kohl nach wie vor die Meinung, die er in seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender geäußert hat, daß der Braunkohlentagebau im Rheinland die Landschaft verhunzt, und wenn ja, welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Arbeit der Bundesregierung?
96. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Energieerzeugung aus Braunkohle durch schnellen und vermehrten Einsatz der Kernkraft mittel- oder langfristig zu ersetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

97. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie ist zu erklären, daß in den letzten Jahren zunehmend Schildkrötenfleisch in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt wurde, obwohl sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, den internationalen Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten innerhalb ihrer Staatsgrenzen zu kontrollieren, und wie will die Bundesregierung künftig sicherstellen, daß zumindest in der Bundesrepublik Deutschland das Washingtoner Artenschutzübereinkommen eingehalten wird?
98. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Haben die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland mit den Schildkrötenfleisch erzeugenden Ländern verhandelt mit dem Ziel, daß das Artenschutzübereinkommen in diesen Ländern beachtet wird, wenn ja, welches Ergebnis hatten diese Verhandlungen, wenn nein, wird es in Kürze zu solchen Gesprächen kommen?
99. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Womit begründet die Bundesregierung ihre positive Einstellung zur „Aktion Weihnachtbutter“, obwohl eine Minderung des Absatzes von Normalpreisbutter in Kauf genommen werden muß und durch den Verzicht auf einen Export höhere Verbilligungskosten anfallen?

100. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen)
(SPD) Mit welcher Jahresrate wird die Milchproduktion in der EG 1982 voraussichtlich ansteigen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Vorschlag der EG-Kommission, die Interventionspreise für Milchprodukte zum 1. April 1983 um 2,2 v. H. zu kürzen?
101. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen)
(SPD) Hält die Bundesregierung auf Grund der guten Getreide- und Rapsenernte unter Berücksichtigung der vom EG-Ministerrat festgelegten Garantieschwellen auch bei diesen Produkten die Einführung einer Erzeugermitverantwortungsabgabe im Wirtschaftsjahr 1983/1984 für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

102. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, was der Gruppe von Bundesbürgern, die von Publikationen in der DDR wiederholt mit dem Begriff „kriminelle Fürch-Bande“ belegt werden, von seiten der DDR konkret vorgeworfen wird, und verhält sich dieser Personenkreis nach unseren Rechtsbegriffen „kriminell“ oder in irgendeiner Weise rechtswidrig?
103. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Tätigkeit zu unterbinden, und wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Personenkreis gegen Anschuldigungen seitens der DDR in Schutz zu nehmen?
104. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß alle, die amtliche Funktionen — auch im Schulbereich — ausüben, auf Grund ihrer Verpflichtung zu verfassungs- und gesetzesgemäßem Handeln immer davon auszugehen haben, daß das Deutsche Reich fortbesteht und rechtsfähig ist (BVerfGE 36, 15), die Grenzen des Deutschen Reichs nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 „rechtliche Qualität haben“ und solche sind, „die den Gesamtstaat einschließen“ (BVerfGE 36, 26 f.), den Ostverträgen nicht die Wirkung beigemessen werden kann, „daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl der territorialen wie der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens endgültig unterstellt worden seien“ (BVerfGE 40, 171) und die „Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben ist“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

105. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die von der Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Runderlaß 183/82 Nr. 4.5 vertretene Auffassung, wonach „ein erheblicher Personalabbau“ in Verbindung mit der Erstattungspflicht aus § 128 Abs. 4 des Arbeitsförderungs-

- gesetzes erst dann bejaht werden darf, wenn der Personalabbau „um etwa 20 v. H.“ liegt, obwohl die ständige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu § 111 des Betriebsverfassungsgesetzes bereits bei 5 v. H. Belegschaftsreduzierung von einem „erheblichen Personalabbau“ ausgeht?
106. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Sorge der Betriebsräte im Bereich Eisen und Stahl, wonach bei solcher Gesetzesanwendung laufende oder künftig notwendige Strukturanpassungsmaßnahmen in der Stahlindustrie mit Sozialplänen unmöglich gemacht und die Unternehmen zu Entlassungen gezwungen würden, und ist die Bundesregierung bereit, die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zur Korrektur ihrer Haltung aufzufordern?
107. Abgeordneter
Schätz
(SPD) Hält es die Bundesregierung für vertretbar, den Bestrebungen des Bundesrats zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes mit dem Ziel der Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Ausbildungsplätze durch „Abbau ausbildungshemmender Vorschriften“ entgegenzukommen, und wenn ja, welche Tatsachen berechtigen die Bundesregierung zu der Auffassung, daß der gewünschte Erfolg nachweisbar eintreffen wird?
108. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD) Um wieviel DM bzw. vom Hundert wird sich das Altersgeld für Landwirte netto durch die gleichzeitige Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Altersgeldempfänger und Verschiebung der Anpassung des Altersgelds auf den 1. Juli 1983 verändern?
109. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Veränderungen im Vergleich zu dem 1983 bei den übrigen Rentenempfängern im Saldo zu erwartenden Anstieg der Renten?
110. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von
Massenbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie vielen Arbeitnehmern in den vergangenen Jahren Mittel aus Sozialplänen zugeflossen sind, und wie hoch diese Beträge in den Jahren 1979, 1980, 1981 und bisher im Jahr 1982 gewesen sind?
111. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von
Massenbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich Sozialpläne bei vielen schwach gewordenen Firmen verheerend auf den Restbestand des Unternehmens auswirken und unter anderem dazu führen, daß freigesetzte Arbeitnehmer durch die Kombination von Arbeitslosengeld und steuerfreiem Sozialplan teilweise über Jahre höhere Einkommen erzielen als Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz behalten, und wie bewertet die Bundesregierung diese Auswirkung?
112. Abgeordneter
Walther
(SPD) Was versteht die Bundesregierung unter der „Hausfrauenrente“, die Bundeskanzler Dr. Kohl in der Zeitschrift „Bild der Frau“ angekündigt hat?
113. Abgeordneter
Walther
(SPD) Wie soll diese ab 1985 vorgesehene Hausfrauenrente finanziert werden?

114. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD) Welche ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt sein, damit eine Hausfrauenrente, die Bundeskanzler Dr. Kohl angekündigt hat, „sobald wir aus dem Größten raus sind“, eingeführt werden kann?
115. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD) Wann wird nach den Vorstellungen der Bundesregierung der Wendepunkt in der Finanzpolitik erreicht sein, an dem neue Ausgabenprogramme dieser Größenordnung verantwortlich angekündigt und gesetzlich festgelegt werden können?
116. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist die Aussage des Bundesarbeitsministers Dr. Blüm in der 123. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1982, in der er die Tarifpolitik der amerikanischen Gewerkschaften lobpreist (Plenarprotokoll Seite 7421), als eine Aufforderung an die deutschen Gewerkschaften gedacht, ebenso zu verfahren?
117. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Was bedeutet die in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl am 13. Oktober 1982 gemachte Aussage, „Wir wollen mehr Flexibilität im Arbeitsleben. Derjenige, der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, sollte dazu die Möglichkeit erhalten, ohne daß dadurch die Rentenversicherung zusätzlich belastet wird“ und die im Koalitionspapier festgelegte Vereinbarung, „Die flexible Altersgrenze soll auf 60 gesenkt werden mit versicherungsmathematischen Abschlägen“ konkret am Beispiel für die Rentenhöhe eines Versicherten, der während 40 Versicherungsjahren stets ein Entgelt bezogen hat, das dem Durchschnitt aller Versicherten entspricht (sogenannte Eckrente)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

118. Abgeordneter
Ewen
(SPD) Kennt die Bundesregierung die Probleme von Fremdenverkehrs- und Kurorten, in denen gewerblich genutzte Ferienwohnungen in Zweitwohnungen umgewandelt werden, und ist sie bereit, durch eine Novellierung des Bundesbaugesetzes den Gemeinden einen Genehmigungsvorbehalt für solche Vorgänge zu verschaffen oder durch geeignete steuerliche Maßnahmen diese Umwandlungen zu bremsen?
119. Abgeordneter
Purps
(SPD) Wie hoch waren die Beteiligungsquoten des Bundes bei der Mischfinanzierung im Wohnungsbaubereich in den letzten zehn Jahren?
120. Abgeordneter
Purps
(SPD) Aus welchen Gründen beabsichtigt der Bundeswohnungsbauminister, bei dem von ihm geplanten Verwaltungsabkommen mit den Ländern für die zusätzliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Finanzhilfen des Bundes, die aus dem Aufkommen aus der Zwangsanleihe finanziert werden sollen, die bisher üblichen Bund-Länderfinanzierungsschlüssel auf einmal nicht mehr anzuwenden?

121. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Von welchen Basiszahlen für den Neubau von Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen geht die Bundesregierung für die nächsten Jahre aus, wenn sie zusätzliche Wohnungsbauprogramme ankündigt?
122. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) In welchem Zeitraum will die Bundesregierung wieviel zusätzliche Mietwohnungen, Eigenheime und Eigentumswohnungen fördern?
123. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Welchen Anteil an verfügbarem Einkommen wird ein Vier-Personen-Haushalt mit 40 000 DM Jahreseinkommen und 40 000 DM Eigengeld nach Abzug von Abschreibungen, Schuldzinsenabzug und öffentlicher Förderung selbst aufbringen müssen, um die laufenden Kosten zum Erwerb einer 100 Quadratmeter Eigentumswohnung oder eines entsprechenden Reihenhäuschens aufzubringen?
124. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Wie hoch sind zur Zeit die Wohnkosten (Miete, Mietnebenkosten, Heizkosten) für einen Vier-Personen-Haushalt mit Monatseinkommen um 1800 DM netto und für Rentnerhaushalte mit durchschnittlicher Rente?
125. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Sollen die zusätzlichen Neubauprogramme im sozialen Wohnungsbau aus dem Zinsgewinn der Zwangsanleihe der Jahre 1983/1984 oder aus der Gesamteinnahme der Zwangsanleihe in 1983/1984 finanziert werden, und wird die Rückzahlung der Zwangsanleihe in den Jahren ab 1987 zu Lasten der Wohnungsbauetats in 1987 ff. gehen?
126. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Wird es möglich sein, die Mittel für den zusätzlichen Sozialmietwohnungsbau auch in Kombination mit dem Bauherrenmodell einzusetzen?
127. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Haben die Bundesländer Bereitschaft bekundet, sich über die zusätzlichen 50 000 Wohnungen hinaus, die sie aus Zinsanhebung und Fehlbelegungsabgabe fördern können, sich auch mit eigenen Mitteln an der Förderung zusätzlicher Neubauprogramme im sozialen Wohnungsbau zu beteiligen, die von der Bundesregierung angekündigt sind?
128. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Wie ist gewährleistet, daß die Mittel für zusätzliche Sozialmietwohnungen in den Bedarfsschwerpunkten eingesetzt werden?
129. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Hält die Bundesregierung eine durchschnittliche Miet- bzw. Wohnkostenbelastung von 25 v. H. des Einkommens für gerechtfertigt, und wie hoch müßte die Wohnbelastung für Familien mit weniger als 1 800 DM Monatseinkommen und für Familien mit mehr als 10 000 DM Monatseinkommen voraussichtlich sein, wenn der Durchschnittswert 25 v. H. erreicht werden soll?
130. Abgeordnete
Frau Schmedt
(Lengerich)
(SPD) Auf wieviel Prozent des verfügbaren Einkommens erhöht sich der Eigenanteil wohngeldberechtigter Haushalte nach der vorgesehenen Kürzung des staatlichen Wohngelds bei gleichzeitig zu erwartenden Mietsteigerungen?

131. Abgeordnete
Frau
Schmedt
(Lengerich)
(SPD) Wie werden sich nach dem Willen der Bundesregierung die Wohngeldausgaben im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 1983 bis 1986 entwickeln?
132. Abgeordneter
Polkehn
(SPD) Um wieviel müßte das staatliche Wohngeld aufgestockt werden, um die Wohnkostenbelastungen der Durchschnittsverdiener und Rentner auf 25 v. H. ihres verfügbaren Einkommens zu beschränken?
133. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die verschiedentlich kritisierten Einkommensgrenzen nach § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes so abzusenken, daß nur noch 25 v. H. bis 30 v. H. der Bevölkerung wohnberechtigt oder förderungsberechtigt sind, und welche wohnungspolitischen Konsequenzen hätte das für Mietwohnungsbau und Eigentumsförderung?
134. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durch die beabsichtigten Mietrechtsänderungen entstehende Erhöhung der Renditen, und wie will sie sicherstellen, daß das daraus gewonnene Kapital von den Eigentümern nicht in den Kauf von Altbauten, sondern in den Wohnungsneubau investiert wird?
135. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Um wieviel Prozent wird die durchschnittliche Wohnkostenbelastung eines Vier-Personen-Haushalts mit 1 800 DM Nettoeinkommen durch Zulassung von Staffelmieten im Bestand und Neuformulierung des Vergleichsmietenbegriffs (Neuabschlüsse der letzten drei Jahre) ansteigen?
136. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Wie will die Bundesregierung der Gefahr vorbeugen, daß Großvermieter erhebliche Mieterhöhungen vornehmen, indem sie einige wenige Wohnungen aus dem Eigenbestand als Vergleichsmaßstab anheben?
137. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen und die Entwicklung der Baulandpreise zu bremsen?
138. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Sieht die Bundesregierung in einer Novellierung des Bundesbaugesetzes oder in der Neufeststellung der Einheitswerte für Grundstücke auch geeignete Instrumente zur Bekämpfung der Bodenspekulation, und wann wird sie entsprechende Initiativen ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

139. Abgeordneter
Dr. Osswald
(SPD) Kann Bundesminister Dr. Warnke erklären, was ihn bewogen hat, am 5. November 1982 vor der Hanns-Seidel-Stiftung zu erklären, die allgemeine Zielsetzung einer Stärkung der Nordatlantischen Allianz werde ihren „spürbaren Niederschlag“ auch in Entscheidungen zur Vergabe von Entwicklungshilfe finden?

140. Abgeordneter
Dr. Osswald
(SPD) Bedeutet dies für Bundesminister Dr. Warnke, daß die strategische Bedeutung eines Entwicklungslands im Ost-West-Konflikt und seine Parteinahme in diesem Konflikt entscheidendes Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfe sein wird?
141. Abgeordneter
Schluckebier
(SPD) Inwiefern befindet sich die Bundesregierung damit noch im Einklang mit den von Bundesminister Dr. Warnke als „wertvolles Startkapital“ bezeichneten einstimmig verabschiedeten Bundestagsbeschluß zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 5. März 1982, in dem als vorrangige Vergabekriterien bezeichnet worden sind die Verwirklichung der Menschenrechte, die Verwirklichung sozialen Fortschritts und sozialer Gerechtigkeit sowie die Gewährung gewerkschaftlicher Freiheiten und Bemühungen um den Aufbau demokratischer Strukturen?
142. Abgeordneter
Schluckebier
(SPD) An welche bevorzugt zu unterstützende Länder denkt der Bundesminister Dr. Warnke?
143. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Wie definiert Bundesminister Dr. Warnke im Licht der Orientierung seiner Entwicklungspolitik an der Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses, der Bedeutung der Entwicklungsländer im Ost-West-Konflikt und ihrer marktwirtschaftlichen Ausrichtung „wahre, wirkliche Blockfreiheit“?
144. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Wie wird sich die Absicht von Bundesminister Dr. Warnke, bei der Bewertung der Probleme Mittel- und Südamerikas „den Stellenwert“ der USA zu berücksichtigen, in der konkreten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Staaten auswirken?
145. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Welche Einzelfälle „widerstreitender Interessen“ gegenüber den USA kann sich Bundesminister Dr. Warnke in der Nord-Süd-Politik vorstellen?
146. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Wird der Bundesminister Dr. Warnke Entscheidungen zur Vergabe von Entwicklungshilfe künftig mit der amerikanischen Regierung abstimmen?
147. Abgeordnete
Frau
Luuk
(SPD) Wird der Bundesminister Dr. Warnke künftig Entwicklungsländer mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung ihrer Wirtschaftsstruktur bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bevorzugen?
148. Abgeordnete
Frau
Luuk
(SPD) Wie kann Bundesminister Dr. Warnke eine Politik der Vergabe von Entwicklungshilfe, die sich orientiert an der Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses, der Bedeutung der Entwicklungsländer im Ost-West-Konflikt und der marktwirtschaftlichen Ausrichtung, vereinbaren mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, in der die Unterstützung wahrer, wirklicher Blockfreiheit zugesagt wurde?

Bonn, den 19. November 1982

